Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Bundestagswahl 2021: Was die Parteien gegen Kinderarmut unternehmen wollen
2. Arm trotz Erwerbsarbeit – und dann auch noch ein kaltes Zuhause. In der EU betrifft das fast drei Millionen Menschen
3. Ein Bundestag in ungeahnter Größe? Warum Bayern zum Problem wird – aber die CSU profitiert
4. Bundesregierung zahlte mehr als eine Milliarde für Berater
5. Lohnersatz für Ungeimpfte in Quarantäne: "Es geht um Fairness"
6. Die Pandemie als Chance (II)
7. Berufsausbildung: Gekommen, aber nicht geblieben. Ausbildungsabbrüche und ein Teil ihrer möglichen Folgen
8. Schulreinigung: Mangelhafte Hygiene und prekäre Beschäftigung
9. Amazon-Zusteller: KI-Kamera im Führerhaus senkt Lohn durch falsche Strafen
10. Schraube locker bei IKEA
11. Lars Windhorst: Schillernder Investor spendet je 250.000 Euro an CDU und FDP
12. RWE: Zusatzgewinne durch Emissionshandel
13. Nato-Gottheit und Menschenzukunft
14. Interne Ermittlungen: Mutmaßlicher Rechtsextremist im Verteidigungsministerium enttarnt
15. Wahlhelfer Nawalny
16. Nach der Tat von Idar-Oberstein: #QuerdenkerSindTerroristen – willkommen in der nächsten Eskalationsstufe!

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Bundestagswahl 2021: Was die Parteien gegen Kinderarmut unternehmen wollen**
   Die Kinderarmut in Deutschland hat in den vergangenen Jahren zugenommen – besonders noch einmal durch die Coronakrise. Laut Verbänden, Organisationen und Wissenschaftlern wird jedoch immer noch zu wenig dagegen unternommen. Welche Auswirkungen hat das und was planen die Parteien? Ein Überblick.
   Quelle: Deutschlandfunk

   dazu: Soziologe Butterwegge: Kinderarmut wird in Deutschland zu wenig thematisiert
   Die Politik beschäftigt sich nach Ansicht des Soziologen Butterwegge zu wenig mit der Kinderarmut in Deutschland.
   Die Parteien setzten in der Praxis zu wenig um, damit sich die Situation ändere, sagte Butterwegge im Deutschlandfunk. Er verwies darauf, dass rund 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche von Armut betroffen seien. Das müsste eigentlich ein Thema sein, das die Gesellschaft bewege.
   Butterwegge betonte, einige Parteien forderten zwar ein höheres Kindergeld. Viele arme Familien bekämen diese Erhöhung nicht mit, weil sie ihnen auf die Transferleistung angerechnet werde. Auch der Niedriglohnsektor trage dazu bei, dass sich die Lage nicht ändere.
   Viele Familien stünden unter Strom, die Gesellschaft mache viel Druck. Diese sei immer stärker auf Konkurrenz und Leistung orientiert. Da hätten arme Familien Probleme mitzuhalten. Butterwegge mahnte, die Gesellschaft drifte auseinander, die Kinderwelten unterschieden sich. Es mache für das ganze Leben einen Unterschied, ob ein Kind in einem Stadtteil „mit vielen Grünflächen und Einfamilienhäusern oder zwischen Wettbüros und Sonnenstudios“ aufwachse.
   Quelle: Deutschlandfunk

2. **Arm trotz Erwerbsarbeit – und dann auch noch ein kaltes Zuhause. In der EU betrifft das fast drei Millionen Menschen**
   Derzeit häufen sich solche Berichte: »Verbraucher sollten sich auf einen teureren Winter vorbereiten, denn die Gaspreise steigen seit Monaten.« Und weiter heißt es in dem Beitrag Gaspreise bleiben auf Höhenflug: »Die Großhandelspreise für Erdgas klettern seit Monaten. Das wirkt sich immer stärker auf die Verbraucher aus, denn die regionalen Gasanbieter reagieren mit Preiserhöhungen. Nach Angaben des Vergleichsportals Verivox haben 32 von ihnen für September und Oktober Preiserhöhungen von durchschnittlich 12,6 Prozent angekündigt. Beim Beheizen eines Einfamilienhauses führe das zu Mehrkosten von 188 Euro im Jahr. Fast die Hälfte aller

deutschen Haushalte heizen ihre Wohnung mit Gas.«
Und gerade die ärmeren Menschen leiden besonders unter den steigenden Energiepreisen – hier wurde immer wieder über das Thema „Energiearmut“ berichtet (vgl. als ein Beispiel dazu den Beitrag Aus den Untiefen des Selbstverständlichen: Energiearmut als soziales Risiko und existenzielles Problem vom 20. August 2016).
Vor diesem Hintergrund lassen solche Zahlen aufhorchen: Low wages leave 3 million workers without heating, so ist eine Mitteilung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (ETUC) überschrieben.
»Laut Berechnungen des europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) können fast drei Millionen Menschen in Europa ihre eigenen vier Wände nicht richtig heizen, obwohl sie einen Job haben.
Quelle: Aktuelle Sozialpolitik

3. **Ein Bundestag in ungeahnter Größe? Warum Bayern zum Problem wird – aber die CSU profitiert**
   Der Trend geht Richtung 800 Abgeordnete im nächsten Bundestag. Das liegt daran, dass im Süden der Republik die Verhältnisse kippen – mit absurden Folgen. […]
   Ein „Normalparlament“ mit 598 Abgeordneten gäbe es erst, wenn die CSU in Bayern auf 33 bis 35 Prozent käme, aber gleichzeitig weniger als 39 Direktmandate holen würde – ein Ausgang mit geringerer Wahrscheinlichkeit.
   Dem Zweitstimmenverhältnis der Parteien wird der nächste Bundestag nicht ganz entsprechen, wenn das skizzierte Szenario eintritt. Wer profitiert? Richtig, die CSU. Dank der drei ausgleichslosen Überhänge wird sie überproportional vertreten sein – als einzige Partei. Was bei CDU oder SPD eine eher kleine Abweichung wäre, wirkt sich bei der bayerischen Staats- und gesamtdeutschen Kleinpartei allerdings gewichtiger aus. Drei Mandate bedeuten nach der Faustregel einen Vorteil in Bayern von immerhin drei Prozentpunkten. Bei 41 Mandaten liefe die Überrepräsentation der CSU-Landesgruppe wegen dieses Ausgleichsvorteils auf fast acht Prozent hinaus. […]
   So rettet also das geltende Wahlrecht der CSU nicht nur ihr Leben als Bundestagspartei, sie wird zudem noch gegenüber allen anderen Parteien bevorteilt. Und das nicht etwa wegen besonderer Stärke, nein, die „Belohnung“ gibt es, weil die CSU deutlich schwächer abschneidet als in früheren Wahlen.
   Quelle: Tagesspiegel
4. **Bundesregierung zahlte mehr als eine Milliarde für Berater**
   Man kann nicht alles wissen, auch nicht als Politiker. Nun zeigte eine Anfrage der Linken: Seit der letzten Bundestagswahl haben sich die Regierenden Beratungen von Außen einiges kosten lassen.
   Quelle: DER SPIEGEL
5. **Lohnersatz für Ungeimpfte in Quarantäne: “Es geht um Fairness”**

Sollen Ungeimpfte in Corona-Quarantäne weiterhin eine Lohnfortzahlung erhalten? Bundesgesundheitsminister Spahn ist dagegen – aus Fairness-Gründen. Kritik an seiner Haltung kommt von SPD-Gesundheitsexperte Lauterbach.
Quelle: Tagesschau

Anmerkung unseres Lesers W.K.: *Zitat Herr Spahn: "Warum sollen andere dafür zahlen, dass jemand für sich entscheidet, sich nicht impfen zu lassen?"*
Gegenfragen:

- *Warum sollen andere dafür zahlen, dass sich jemand für Tabakkonsum entscheidet?*
- *Warum sollen andere dafür zahlen, dass sich jemand für ungesunde Ernährung entscheidet?*
- *Warum sollen andere dafür zahlen, dass sich jemand für Extremsport entscheidet?*

All das, und noch viel mehr, wird ebenfalls von der Gemeinschaft mitgetragen. Auch die Nichtraucher unter den nicht Geimpften finanzieren durch ihr Beiträge zur Krankenkasse Krebstherapien von Rauchen, Behandlungen nach Herzinfarkten wegen Übergewicht und die teure Reha nach einem Unfall beim Fallschirmspringen mit.

Bevor Herr Spahn das Wort "Fairness" in den Mund nimmt, sollte er besser ganz gründlich nachdenken!

Außerdem steht hier die Lohnfortzahlung generell auf den Spiel: was jetzt für Quarantäne beschlossen wird, kann morgen für alle anderen "vermeidbaren Risiken" gelten. Beim Fahrradfahren gegen ein Auto gefahren? Pech gehabt, hättest ja zu Fuß gehen können, es gibt keine Lohnfortzahlung!

Wenn jemand ohne Einverständnis und gegen den eigenen Willen als gesunder Mensch von der Arbeit ferngehalten wird, ist das Nötigung!

Anmerkung André Tautenhahn: *Spahn sagte außerdem, zur freien Entscheidung gehöre auch Verantwortung. Worin diese Verantwortung bei einem Gesundheitsminister wohl besteht, dem der Bundesrechnungshof eine massive Verschwendung von Steuergeldern vorgeworfen hat, der allein im vergangenen Jahr*

Verträge in einem Volumen von 41,3 Mio. Euro abschloss, bei denen es um Beratung zur Bewältigung der Corona-Krise ging, darunter die misslungene Beschaffung von Schutzausrüstung, und der laut einem Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts die Aufklärung der CDU-Maskenaffäre verschleppt?

6. **Die Pandemie als Chance (II)**
   Scharfe Kritik an den westlichen Herstellern von Covid-19-Impfstoffen, insbesondere an dem deutschen Unternehmen BioNTech, übt Amnesty International. Wie die Menschenrechtsorganisation in einer heute erscheinenden Studie konstatiert, liegt die Verantwortung dafür, dass bisher nur 0,3 Prozent der weltweit verabreichten Covid-19-Impfdosen armen Ländern zugute kamen, nicht bloß bei den wohlhabenden Staaten des Westens, die die Märkte leerkaufen, um Kinder zu impfen sowie Vakzine zu horten. Schuld daran tragen darüber hinaus die großen Impfstoffproduzenten: Sie verweigern die zumindest zeitweilige Freigabe ihrer Patente und vernachlässigen dramatisch notwendige Lieferungen an die internationale COVAX-Initiative – um zum Teil riesige Gewinne zu erzielen. BioNTech etwa gelang es, seinen Profit im zweiten Quartal 2021 auf 3,92 Milliarden Euro zu steigern – bei einem Gesamtumsatz von 7,36 Milliarden Euro. Das könne die Wende für die zuletzt schwächelnde deutsche Pharmabranche bringen und das deutsche Wachstum beschleunigen, urteilen Experten. Die Versorgung ärmerer Länder leistet derzeit vor allem China.
   Quelle: German Foreign Policy
7. **Berufsausbildung: Gekommen, aber nicht geblieben. Ausbildungsabbrüche und ein Teil ihrer möglichen Folgen**
   In den vergangenen Wochen und Monaten wurde immer wieder auch über die Folgen der Corona-Pandemie für das sowieso schon seit längerem in einer Schieflage befindliche (duale) Berufsausbildungssystem in Deutschland diskutiert, vor allem angesichts der Verwerfungen im vergangenen ersten Corona-Jahr, in dem wir über alle Berufe hinweg einen Rückgang der Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge um fast 10 Prozent gesehen haben, in einigen, von den Corona-bedingten Restriktionen besonders betroffenen Berufsfeldern sogar deutlich mehr (vgl. dazu – und den unabhängig von Corona bestehenden Problemen – ausführlicher den Beitrag Noch immer inside Corona: Die Schieflage auf „dem“ Ausbildungsmarkt. Aber nicht nur wegen Corona vom 10. Juli 2021).
   Und selbst bei den Ausbildungsverhältnissen, wo Betriebe und zumeist junge Menschen zueinander gefunden und einen entsprechenden Vertrag geschlossen haben, muss man berücksichtigen, dass ein nicht geringer Teil der Auszubildenden das Ende der Fahnenstange, also den Abschluss der Berufsausbildung, nicht erreicht, sondern der Ausbildungsvertrag wird vor dem regulären Ende aufgelöst. Schauen wir

also auf die „Ausbildungsabbrecher“.
Quelle: Aktuelle Sozialpolitik

8. **Schulreinigung: Mangelhafte Hygiene und prekäre Beschäftigung**
   Ob in Berlin, Krefeld, Lüdenscheid, Pinneberg, Witten oder an vielen anderen Orten – eine unzureichende Schulreinigung war in den vergangenen Jahren immer wieder Thema in Medien. Wesentlicher Grund dafür ist die Privatisierung von Reinigungsleistungen durch die Kommunen.
   Die Gebäudereinigung ist mit gut 680.000 Beschäftigten (2019) das beschäftigungsstärkste Handwerk in Deutschland. Seit den 1970er Jahren ist hier ein großer Beschäftigungszuwachs erfolgt, und zwar wesentlich aufgrund der zunehmenden Auslagerung der Reinigung und deren Vergabe an private Dienstleistungsunternehmen durch öffentliche Einrichtungen und Kommunen.
   Diese Privatisierungen haben – was die Motive angeht – zwei Seiten. Durch die öffentliche Hand wurde und wird die Privatisierung der Gebäudereinigung damit begründet, dass private Unternehmen wirtschaftlicher arbeiteten, weswegen die Reinigung der Schulgebäude unter dem Strich kostengünstiger sei. Und das Reinigungshandwerk hat ein Interesse daran, öffentliche Aufgaben zu übernehmen, weil sie sich hiervon Gewinne versprechen – zumal die öffentliche Hand verlässliche und kaum risikobehaftete Einnahmen garantiert.
   Tatsächlich treten nach der Privatisierung meist erhebliche Qualitätsmängel bei der Reinigung auf, und außerdem verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung. Dies hängt im Wesentlichen mit der sehr hohen Wettbewerbsintensität in der Reinigungsbranche zusammen. Der Wettbewerb erfolgt vor allem über die Personalkosten, da diese bei über 70 Prozent liegen.
   Quelle: Blickpunkt WiSo
9. **Amazon-Zusteller: KI-Kamera im Führerhaus senkt Lohn durch falsche Strafen**
   Ein KI-System in Lieferwägen bestraft die Zusteller für nicht gemachte Fahrfehler. Die Chauffeure verlieren ihre Gehalts-Boni – Widerspruch zwecklos.
   Amazon hat Anfang dieses Jahres KI-unterstützte Überwachungskameras in vielen Lieferwagen installieren lassen, um Menschen und Zustellungen sicherer zu machen. Mittlerweile beschweren sich aber die Zusteller. Das System würde sie abstrafen für Fehler, die sie nicht begangen hätten. Solche Aktionen wirken sich auf ein Punktesystem aus, an dem die Amazon-Zusteller gemessen werden und das für die Zuteilung von Boni entscheidend ist.
   Das Kamerasystem kommt von der kalifornischen Firma Netradyne und verwendet vier HD-Objektive, die alle vier Seiten filmen. Netradynes künstliche Intelligenz soll potenzielle Gefahrensituationen erkennen. Sie warnt den Zusteller per Stimme, wenn

dieser zu schnell fährt, nicht an einem Stopp-Schild hält, der Abstand zu anderen Fahrzeugen zu gering ist oder wenn der Fahrer abgelenkt scheint, zum Beispiel beim Griff zum Handy während der Fahrt.
Quelle: Heise Online

10. **Schraube locker bei IKEA**
Tarifrunde Einzelhandel: Verdi bestreikt zahlreiche Filialen der Möbelhauskette
Entdecke die Möglichkeiten. Zum Beispiel: Wie wäre es, wenn IKEA seine Mitarbeiter so bezahlte, dass sie ein gutes Leben führen können? Am Dienstag setzten Hunderte Beschäftigte der schwedischen Möbelhauskette an mehreren Standorten in Norddeutschland mit einem eintägigen Streik ein Zeichen im festgefahrenen Tarifkonflikt des Einzelhandels. Betroffen waren nach Verdi-Angaben unter anderem die Filialen in Hannover Expo-Park, Bremerhaven, Osnabrück und Braunschweig. Obwohl der Konzern im Vorjahr trotz Coronakrise seine Erlöse steigern konnte, beteilige er sich an der »bundesweiten Blockadehaltung« des Unternehmerlagers, beklagte Sabine Gatz, die für die Dienstleistungsgewerkschaft die Verhandlungen im Landesbezirk Niedersachsen-Bremen führt.
Quelle: junge Welt
11. **Lars Windhorst: Schillernder Investor spendet je 250.000 Euro an CDU und FDP**
Kurz vor der Bundestagswahl haben CDU und FDP Großspenden des Finanzinvestors Lars Windhorst erhalten. Laut zwei sogenannter ad-hoc-Meldungen an den Bundestag gingen bereits am 17. September jeweils 250.000 Euro bei den Parteien ein. Überwiesen wurde das Geld jeweils von der Berliner Luton Verwaltungs GmbH, die nach SPIEGEL-Recherchen über ein Geflecht aus Briefkastenfirmen dem Unternehmer Windhorst gehört.
Hinter der Berliner Luton steht laut Handelsregisterunterlagen die Firma Centrics Holding S.à.r.l. in Luxemburg. Alleinige Aktionärin der Luxemburger Holding wiederum ist die Briefkastenfirma Cecina Limited in Tortola auf den Britischen Jungferninseln. Deren einzig wirtschaftlich Berechtigter schließlich ist nach SPIEGEL-Informationen Lars Windhorst.
Der 44-Jährige gilt als schillernde Unternehmerpersönlichkeit. Nach einem kometenhaften Aufstieg und gemeinsamen Auftritten mit dem damaligen Unionskanzler Helmut Kohl musste der als Jungstar gefeierte Firmengründer später geschäftliche Niederlagen verkraften, denen wiederum Erfolge folgten.
Quelle: DER SPIEGEL
12. **RWE: Zusatzgewinne durch Emissionshandel**
CO_2-Zertifikate ohne Verfallsdatum und Stocken der Energiewende sind für Braunkohlekonzerne äußerst lukrativ

Ein Preis auf den Ausstoß von CO_2 (Kohlendioxid), dem mit Abstand wichtigsten Treibhausgas, ist für viele Umweltökonomen das Mittel der Wahl, um die Wirtschaft umzubauen. Seit 2005 müssen in der EU die Betreiber von Kohlekraftwerken und in den folgenden Jahren auch diverse andere Industriebranchen, wie Stahl, Chemie, Papier und Zement, für jede emittierte Tonne CO_2 ein Zertifikat vorweisen oder eine Strafgebühr bezahlen.
Die Zertifikate werden entweder bei staatlichen Auktionen oder an der Börse erworben. In den ersten Jahren gab es sie sogar umsonst, was die deutschen Kraftwerksbetreiber nicht daran hinderte, ihren fiktiven Preis in die Stromrechnungen der Kunden einzurechnen. Mehrere Milliarden Euro Sondergewinne haben RWE & Co. seinerzeit auf diesem Wege gemacht.
Inzwischen müssen die Energieversorger und ein Teil der übrigen betroffenen Konzerne für neue Zertifikate zahlen. Das Problem: Die Zertifikate haben kein Verfallsdatum und sie wurden in der Vergangenheit sehr großzügig ausgegeben. Das hat sich der Braunkohle- und Atomkonzern RWE offensichtlich pfiffig zunutze gemachte, wie das Handelsblatt berichtet.
Quelle: Telepolis

13. **Nato-Gottheit und Menschenzukunft**
Wir haben die Wahl: Angesichts des zivilisatorischen Ernstfalls gehören Anhänger der militärischen "Heilslehre" in die Geschichtsbücher, aber nicht auf eine Regierungsbank. Ein Einwurf
Wer vom "Klima" spricht, darf vom Krieg nicht schweigen. Ohne einen Abschied vom militärischen Weltanschauungs- und Weltordnungs-Komplex wird es der menschlichen Gattung nicht gelingen, die von ihr verursachte ökologische Krise auf dem Planeten gemeinsam zu meistern bzw. zumindest abzuschwächen. Aus naheliegenden Gründen ist es jedoch unerwünscht, dass diese überlebenswichtige Einsicht hierzulande in Polit-Spektakeln mit hohen Zuschauerzahlen auch nur zur Sprache kommt.
Je drastischer der Bankrott der Heilslehre des Militärischen ausfällt, desto rigoroser müssen pazifistische Sichtweisen im politischen Wohlfühl-Marketing ausgeblendet oder "exkommuniziert" werden. Es geht hierbei nicht um rationale Diskurse, sondern um kirchenähnliche Phänomene. Wer kein Glaubensbekenntnis zum exklusiven Interessensbündnis Nato ablegt, ist ein Ketzer und gehört vor das Inquisitionstribunal. Die noch verbliebenen Friedenspolitiker:innen brauchen somit viel Selbstbewusstsein, Angstfreiheit und ein neues Instrumentarium der Religionskritik, um die Mauer des Schweigens zu durchbrechen.
Quelle: Telepolis

14. **Interne Ermittlungen: Mutmaßlicher Rechtsextremist im Verteidigungsministerium enttarnt**

Der Bundeswehr-Geheimdienst MAD hat im Verteidigungsressort einen mutmaßlichen Rechtsextremisten enttarnt. Nach SPIEGEL-Informationen hatte der verdächtigte Referent Zugang zu sensiblen Daten.
Das Verteidigungsministerium unterrichtete am Mittwochmorgen die Fachpolitiker des Bundestags, dass ein Referent aus der Abteilung Strategie und Einsatz wegen seiner rechtsextremen Gesinnung aufgefallen sei. Weil der Bundeswehr-Geheimdienst MAD sicherheitsrelevante Hinweise »mit Bezug zum Rechtsextremismus« festgestellt habe, wurde dem Referenten umgehend der Zugang zu den internen Systemen des Ressorts untersagt.
Quelle: DER SPIEGEL

15. **Wahlhelfer Nawalny**
Mit den gewohnten Klischees konnten deutsche Medien diesmal nicht über die erfolgreichen Kommunisten herziehen, was Gründe hatte
Die Regierungspartei Einiges Russland kann immer noch gewinnen, so auch bei der Dumawahl, nach der ihr 49 Prozent der Stimmen zuerkannt werden. Doch gerät das Siegen schwieriger, beim Votum 2016 kam man noch auf 54 Prozent. Mittlerweile tritt die Konkurrenz stärker in Erscheinung. Die KP erreicht fast 20 Prozent, womöglich noch mehr, da die Partei eine lange Liste der Beschwerden an die Zentrale Wahlkommission geschickt hat. Auf jeden Fall legte sie in Sibirien und im Fernen Osten zu, im Gebiet Irkutsk, auf der Insel Sachalin und in Wladiwostok. Im nordrussischen Nenezki-Gebiet wurde mit 31 Prozent gegen Einiges Russland gewonnen.
Quelle: Ulrich Heyden in der Freitag

16. **Nach der Tat von Idar-Oberstein: #QuerdenkerSindTerroristen – willkommen in der nächsten Eskalationsstufe!**
Um eines vorwegzunehmen: Der Mord in Idar-Oberstein ist durch nichts zu entschuldigen. Dennoch sollte man einen Blick auf die Reaktionen werfen.
Was mag im Kopf des Täters vorgegangen sein, als er sich entschloss, dem Kassierer der Tankstelle, bei der er sein Bier kaufen wollte, direkt in den Kopf zu schießen? Selbstverständlich ist das eine rhetorische Frage, denn niemand von uns kann das beurteilen. Er soll gesagt haben, er habe „keinen anderen Ausweg gesehen“, ein Zeichen habe er setzen wollen.
An dieser Stelle wird die Ferndiagnose bereits beendet. Sie steht mir nicht zu, sowie sie mir nicht zusteht, wenn es um andere, vergleichbare Taten geht. Die Täter haben sich von der uns in der Regel innewohnenden Moral abgewendet, sind offenbar nicht mehr in der Lage, eine Einschätzung dessen vorzunehmen, was sie da tun. Auch das ist keine Diagnose, nur eine Beobachtung. Menschen, die anderen Menschen von Angesicht zu Angesicht in den Kopf schießen, haben ein Problem.

Jetzt, da ich hier sitze und diesen Text schreibe, frage ich mich, ob man mir schon an dieser Stelle einen Vorwurf machen kann. Eigentlich nicht, denke ich. Wer will mir vorwerfen, dass ich dem Täter von Idar-Oberstein unterstelle, ein ernsthaftes psychisches Problem zu haben? Es ist doch offensichtlich.
Oder?
Das mögen die Leser beurteilen.
Quelle: neulandrebellen